

# Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden  
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 4

Charlottenburg, Freitag, den 28. Januar 1916

Jahrg. 43

## Bekanntmachung.

Für die Berichtswoche vom 10. bis 15. Januar haben folgende Berichte eingelangt:

Alma, Elmshorn, Gera (Reuß), Hornberg, Lange-  
wieschen, Limbach, Mulschen, Schmiedefeld.

Das Verbandsbüro.

## Zur Beachtung.

Einsendungen an die „Ameise“ können in die laufende Nummer nicht mehr aufgenommen werden, wenn dieselben nicht spätestens am Montag früh in Händen der Redaktion sind. Redaktionsschluß ist Montag mittag.

In letzter Zeit sind uns aus Kollegentreisen wiederholt Anfragen zugegangen, um den Namen der einen oder andern Firma zu erfahren, die im Arbeitsmarkt der „Ameise“ Arbeitskräfte suchte und Angebote an die Redaktion zu richten sind. Wir bemerken dazu, daß solche Anfragen unbeantwortet bleiben. Kollegen, die gewillt sind, sich um eine der angebotenen Stellen zu bewerben, wollen ein Bewerbungsschreiben an die Redaktion der „Ameise“ einreichen und diesem das Porto für die Weiterbeförderung beilegen, worauf der inserierenden Firma das Bewerbungsschreiben zugestellt wird. Die ev. weitere Nachricht erhalten die Bewerber von der Firma direkt.

Die Redaktion.

## Gegen den Nahrungsmittelwucher.\*

Der Lebensmittelwucher ist keine Erscheinung, die erst in der Gegenwart zutage getreten wäre. Die Geschichte erzählt uns, daß jedesmal, wenn infolge natürlicher oder sozialer Ursachen eine Knappheit an Lebensmitteln vorhanden war, herzlose Menschen, von Habsucht getrieben, die Not ihrer Landsleute dazu benutzten, ihre Taschen zu füllen, ohne Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit. Aber auch zu allen Zeiten hat es als eine selbstverständliche Aufgabe des Staates gegolten, der Bewucherung nach Möglichkeit entgegenzutreten, um die Preise der notwendigen Lebensmittel in mäßigen Grenzen zu halten und dadurch einer Teuerung vorzubeugen. Diese Aufgabe des Staates, die sich während des Mittelalters vornehmlich in den Vorschriften über Preis und Qualität der Erzeugnisse sowie in der strengen Bestrafung der Wucherer äußerte, geriet zu Beginn der kapitalistischen Gesellschaft allmählich in Vergessenheit, da die Auffassung immer mehr die Oberhand gewann, daß der Staat weder das Recht noch die Pflicht habe, regelnd in das wirtschaftliche Leben einzugreifen. Und doch wäre eine Bekämpfung wucherischer Ausbeutung im Zeitalter des Kapitalismus erst recht notwendig gewesen, weil gerade der auf möglichst mühelosen und schnellen Erwerb gerichtete kapitalistische Wirtschaftsgeist die Erwerbsgier aufstachelte

und den Wucher mächtig in die Halme schießen ließ. Der Uebergang von der Naturalwirtschaft zur Geldwirtschaft begünstigte erklärlicherweise das Streben, hohen Verdienst zu erzielen und in kurzer Zeit reich zu werden. Der Weltkrieg hat uns den im Menschenherzen wohnenden Willen zum „Geldverdienen auf jede Weise“ in abschreckendster Form gezeigt.

Das erfolgreichste Mittel, durch Preistreiberien hohe Gewinne zu erzielen, ist die Monopolisierung eines bestimmten Wirtschaftsgebietes. Die Beteiligten schließen sich zusammen, legen die Außenseiter lahm, setzen die Preise ihrer Erzeugnisse fest und zwingen dann die Verbraucher, ihnen die geforderten Preise zu bezahlen. Dieses Mittel wurde bereits in den frühesten Zeiten angewandt, was aus den gesetzlichen Bestimmungen hervorgeht, die erlassen worden sind. Schon die römischen Kaiser verboten diese Vereinbarungen zum Zwecke der Preissteigerung, der byzantinische Kaiser Zeno bedrohte jeden mit Verbrennung und Vermögensentziehung, der ein Monopol ausübte, und während des ganzen Mittelalters erließen die Landesherren Gesetze gegen die „schädlichen Monopolen“, ein Beweis, daß die Schädlichkeit der Preisverabredungen allgemein empfunden wurde. Erst mit dem Siege der Gewerbefreiheit und der Beseitigung der Koalitionsverbote wurden diese gesetzlichen Bestimmungen aufgehoben und dem Wucher Tür und Tor geöffnet.

Nach einer kurzen Periode der freien Konkurrenz, in der jeder den andern niederzuringen suchte, trat im wirtschaftlichen Leben wieder der Organisationsgedanke seine Herrschaft an. Die selbständigen Unternehmer verzichteten auf einen Teil ihrer persönlichen Freiheit und bildeten eine Wirtschaftsgemeinschaft, um durch eine geschlossene Einheit die Konkurrenz auszuschalten und ihre Abnehmer zur Zahlung eines Monopoltributs zu zwingen. Auch die Händler bilden Ringe, in denen sie sich gegenseitig verpflichten, nicht unter einem bestimmten Preise zu verkaufen. Welche Bedeutung solche Verabredungen gerade in den Zeiten mangelnder Wareneinfuhr haben, braucht wohl nicht näher auseinandergesetzt zu werden. Besonders wenn es sich dabei um die Verteuerung der notwendigsten Nahrungsmittel handelt, ist ein derartiges Verfahren geradezu gemeingefährlich.

Wie die Erfahrung der Kriegszeit lehrt, wenden die bereits bestehenden Produzenten- und Händlervereinigungen und solche, die sich erst während des Krieges in bestimmter Absicht gebildet haben, das Mittel der Preisvereinbarungen mit Vorliebe an. Sie unterjagen ihren Mitgliedern, die betreffenden Waren unter einem festgesetzten Mindestpreise zu verkaufen und bedrohen einen Verstoß gegen diese Verabredung mit hohen Konventionalstrafen. Bislang wurden diese Verabredungen als rechtsgültig, bindend und einlagbar angesehen, und es kam nicht selten vor, daß Gerichte Leute verurteilen mußten, die die Preistreiberien nicht mitmachen wollten. Neuerdings ist hierin eine Wandlung eingetreten, denn der Bundesrat hat eine Verordnung erlassen, wonach Verabredungen, die den Zweck verfolgen, für Gegenstände des täglichen Bedarfs übermäßigen Gewinn zu erzielen, unter Strafe gestellt werden. Allerdings wirft sich hier wieder die Schwierigkeit auf, im einzelnen Fall den Nachweis zu erbringen, daß durch die Verabredung ein übermäßiger Gewinn erzielt werden soll, da dieser Begriff sehr dehnbar ist. Da wäre es denn doch wohl am richtigsten, wenn ein Gesetz erlassen würde, daß den Vereinigungen die gemeinsame Festlegung von Preisen im Bereich des Nahrungsmittelgewerbes überhaupt verboten würde.

\* Verbandszeitung.

Ein Hamburger Landgerichtsdirektor, Dr. Lafrenz, tritt in einem Artikel in der „Deutschen Juristenzeitung“ für diese Forderung mit guten Gründen ein. Er schreibt: „Unsere Abgeschlossenheit vom weiten Ausland reizt zur Ausbeutung. Es wird nicht bezweifelt, daß gerade für manche alltägliche Nahrungsmittel der Verbraucher Preise zahlen muß, deren Höhe durch unsere wirtschaftliche Lage nicht gerechtfertigt ist. Die Möglichkeit aber, daß überhohe Preise dauernd durchgesetzt werden können, muß mindestens teilweise zurückgeführt werden auf den festen Zusammenschluß der Gewerbetreibenden. Leute mit kräftigerem Gewissen haben meist die stärkeren Ellenbogen. In Vereinigungen reißen sie leicht die Jagenden mit sich, und ist ein Mehrheitsbeschluß erlangt, dann muß sich jeder unterwerfen. Was nützt es dem Zuwiderhandelnden, wenn ihm das Gericht in einem Prozeß bestätigt, die Preisvereinbarung habe gegen die guten Sitten verstoßen? Seine Berufsgenossen, mit denen ihn das Leben täglich zusammenführt, verfehlen ihn als Schleuderer, Preisdrücker, Schmutzkonkurrenten, den hierdurch auf ihm lastenden Druck wird kein gerichtliches Urteil von ihm nehmen, und wäre es noch so schön begründet. Für die Habgierigen bietet die Gegenwart eine so außerordentliche Versuchung zum Mißbrauch ihrer Macht, daß man für den Bereich der Nahrungsmittel die stärkste Möglichkeit der Betätigung, die gemeinsame Preisfestsetzung, durch Verbot verschließen sollte.“

Der Verfasser ist der Meinung, daß scharfe Verbote die beabsichtigte Wirkung haben würden, während die Konsumentenorganisationen ohne diese Unterstützung nicht imstande seien, die wie Pech und Schwefel zusammenhaltenden Lebensmittelvertreuer im Schach zu halten. Der Staat als die größte Organisation der Verbraucher habe die Pflicht, in allererster Linie diesen Abwehrkampf zu führen. Und in diesem Kampf seien neben der Beschlagnahme, der Festlegung von Höchstpreisen, der Einrichtung von Preisprüfungsstellen und ähnlichen Maßnahmen, besonders das Verbot von Preisverabredungen ein wirksames Mittel zur Abwehr. Der Staat habe bereits den Anfang gemacht und er werde auch weitergehen. „Wir brauchen nicht zu bezweifeln, daß am Ende, wie der äußere Feind so auch der innere, der Volksausbeuter, überwunden werden wird. Wenn kritischen Naturen dieser Kampf etwas langsam vorzurücken scheint, so sollte man nicht außer acht lassen, daß er in einem neuartigen Gelände geführt wird und deshalb die Taktik doch erst ausprobiert werden muß. Seien wir der Zuversicht, daß, wenn die bisherigen sanfteren Mittel nicht genügen, deren schärfere an die Reihe kommen werden!“ Das wäre allerdings sehr zu wünschen, denn mit den Preistreibern kann es in der bisherigen Weise nicht weitergehen. Wir gönnen gewiß jeder ehrlichen Arbeit ihren Lohn, und wir haben auch nichts dagegen, wenn Produzenten und Händler einen realen Gewinn erzielen, aber was wir bis aufs Blut bekämpfen, das ist der „Kauf-Geiz“, wie sich der alte Rechtslehrer Samuel Stryck ausdrückte, der so teuer verkauft, wie nur möglich, und „der seinen Nutzen allein sucht, unangesehen, daß Land und Leute verderben.“ In diesem rücksichtslosen Kampf gegen den Lebensmittelwucher, der aus der Massennot eine Goldgrube macht, wissen wir uns eins mit allen anständigen Volksgenossen.

## Konferenz

### der Vertreter der Verbandsvorstände.

Aus Anlaß einer Beratung zwischen Vertretern der deutschen und der österreichischen Arbeiterbewegung, die am 9. Januar im Reichsausschäule stattfand und sich mit den Fragen der künftigen Wirtschaftspolitik und eines engeren wirtschafts-politischen Verhältnisses zwischen den europäischen Mittelstaaten beschäftigte, trafen die Vertreter der Verbandsvorstände am 10. Januar zu einer eintägigen Konferenz zusammen. Drei österreichische Vertreter Oesterreichs, die Genossen Domes, Grünwald und Janusch, wohnten als Gäste den Verhandlungen bei.

Der Bericht der Generalkommission beschränkte sich diesmal auf die Angelegenheiten der Tarifstatistik, der Abänderung des „Kauf-Geiz“ Gesetzes und der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Die Fragebogen zur Tarifstatistik sind vom Reichsstatistischen Amt bereits verfaßt und von einer Reihe von Verbänden ausgefüllt worden. Es empfiehlt sich also, sie allgemein durchzuführen, obwohl darüber kein Zweifel sein kann, daß das Berichtsjahr in tariflicher Hinsicht ein völlig anomales

sei und keinerlei Vergleiche mit anderen Jahren zulassen. Einige Einzelfragen bezüglich der Statistik wurden durch Debatten geklärt.

In bezug auf die Kriegsbeschädigtenfürsorge wurde die Einsetzung eines Reichsarbeitsausschusses berichtet, der die Angelegenheiten auf diesem Gebiete zusammenfaßt und die Unterausschüsse die einzelnen Arbeitsgebiete regelt. Die Generalkommission hat zum Reichsarbeitsausschuß wie zu den Unterausschüssen Vertreter ernannt und wird gemäß dem Beschluß der vorhergehenden Vorstandskonferenz eine besondere Arbeitskraft für die Sammlung und Bearbeitung der auf diese Aufgabe bezüglichen Materialien einstellen. Eine geeignete Arbeitskraft konnte bisher noch nicht gewonnen werden. In der Konferenz wurde der Wunsch geäußert, den Verfall eines geeigneten Mannes für diese Aufgabe zu erhalten, zu erneuern, und da Vorschläge dafür gemacht wurden, stimmte die Konferenz dieser Auffassung zu.

Weiter wurde berichtet, daß die Abänderung des Vereinsgesetzes vom Reichstag beschlossen sei, aber noch die Zustimmung des Bundesrats entbehre, der während des Krieges lediglich die Gewerkschaften von den Wirkungen des Vereinsgesetzes für politische Vereine ausnehmen, alles was aber bis nach dem Kriege zurückstellen wolle. Eine Gesetzesnovelle hierfür sei in Vorbereitung und noch in den nächsten Monaten zu erwarten.

Der Bericht der Generalkommission wurde zur Kenntnis genommen. Sodann beantragte die Generalkommission, Rücksicht auf die ganz außerordentliche Verteuerung der Lebenshaltungskosten denjenigen Angestellten, die im Innendienst oder Außendienst der Generalkommission beschäftigt sind, deren seitheriges Gehalt 3000 Mark einschließlich nicht übersteigt, eine Aufbesserung von 10 Mark monatlich zu gewähren. Die Konferenz schloß sich der Begründung dieses Antrages an, erhöhte indes die Gehaltszulage auf 15 Mark pro Monat.

In ihrem weiteren Verlauf befaßte sich die Konferenz eingehend mit den gegenwärtigen Vorgängen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und ihren Rückwirkungen auf die Vertretung der Interessen der Gewerkschaften. Allgemein wurde der Disziplinbruch der zwanzig Fraktionsmitglieder, die sich zu einer Sonderaktion im Reichstage zusammengefunden haben, aufs schärfste verurteilt. Die Aussprache endete mit der Feststellung, daß die Konferenz auch angesichts der gegenwärtigen Situation an der am 7. Juli 1915 abgegebenen Erklärung festhalten müsse: Daß die Stellung der übergründlichen Mehrheit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses, sowie des Parteivorstandes allein die Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen diene, sowie daß die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften widersprechen und ihre Durchsetzung eine Preisgabe alles dessen wäre, was die Gewerkschaften erstreben.

## Feldpostbriefe.

Vom Verbandskollegen Albert Bauer aus Schranau erhalten wir nachstehende Zuschrift an die Kollegen.

Im Feldlazarett, 17. Januar 1916.

Infolge Erkältung auf Posten erkrankte ich an einer Augen-Bindehautentzündung und mußte das Lazarett aufsuchen. In nicht allzulanger Zeit werde ich wahrscheinlich in die Truppe zurückkehren, denn die Krankheit ist ziemlich behoben. Die Muße im Lazarett veranlaßte mich, meinen Kollegen etwas über die Weihnachts- und Neujahrsbedanken im Feldgrauen zu erzählen. Das Weihnachtsgeläute bestand für uns in einem heftigen Artilleriefeuere, von dem der Erdboden unter den Füßen zitterte. In den Palten und Dächern der nahen Häuser krachte und dröhnte es, Feuergarben schossen zum Himmel. Doch auch wir Feldgrauen feiern die Feiertage eben so, wie sie fallen.

Unsere Lieben und Freunde zu Hause hatten dafür gesorgt, daß auch wir von dem oftmals Wertigen, das sie besaßen, noch etwas bekamen, jeder von uns erhielt seine Liebesgabe. Am Weihnachtsabend selbst standen wir im Unterstand vor einem allerdings armseligen Bäumchen, mit einigen Kerzen bestückt.

Die meisten von uns standen still und in Gedanken versunken. An was mögen sie wohl alle gedacht haben? Nun, auch meine Gedanken waren daheim bei Weib und Kind, bei

Mutter und Geschwistern, bei Euch allen, ihr Freunde und Kollegen. Wann wird der Zeitpunkt kommen, an dem das Wort der Christenheit, „Friede auf Erden und allen Menschen ein Wohlgefallen“ endlich einmal Tatsache wird? Wann wird der Sieg des Lichts über die Finsternis, der schon der Winter Sonnenwendfeier unserer Vorfahren, der dem christlichen Ideal des Weihnachtsfestes von der Geburt des Welterlösers zugrunde liegt, endlich seinen Triumph feiern können? Nun, wenn die der Arbeiterbewegung zugrunde liegende Idee verwirklicht sein wird, dürften wir uns dem erhofften Zustand doch wohl bedeutend genähert haben.

Aus diesen Gedanken wurde ich schnell in die raue Wirklichkeit zurückgeführt, als mich die Stimme des Wachhabenden daran erinnerte, daß ich auf Hochposten ablösen mußte. Mit einem gleichgesinnten Kameraden ging es hinaus, durchs Drahtverhau hindurch nach dem Hochpostenloch. Das Gewehr im Anschlag, heißt es aufpassen und auspähen, damit nicht unsere Gegner uns überrumpeln können. Beim leichesten Geräusch wird das tödliche Blei hinausgeschickt.

Der Beginn des neuen Jahres war besonders geeignet, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob der langersehnte Friede endlich eintreten werde. Noch kurz vor Schluß des scheidenden Jahres haben die Vertreter des deutschen Volkes im Reichstage laut und deutlich davon gesprochen, daß es genug sein könnte des grausamen Spieles, daß es an der Zeit sei, ernsthaft in Erwägung zu ziehen, auf welchem Wege den am Kriege beteiligten Völkern die Rückkehr zur friedlichen Arbeit verschafft werden kann. Unsere Feinde sind allerdings noch anderer Ansicht, aber es steht zu hoffen, daß eine andere Erkenntnis sich auch bei ihnen bald Bahn bricht und dem Kriege der Frieden folgt.

Für uns Proletarier wird dann noch mancher harte Strauß im Kampfe um die Existenz auszufechten sein, zu einem beschaulichen Stilleben werden wir nicht kommen. Aber das ist ein anderer Kampf, mit anderen Waffen geführt. Da ist es unsere Organisation, die uns in den Stand setzt, in diesem wirtschaftlichen Kampfe der siegende Teil zu werden. Der lebhafteste Wunsch, daß unsere Kolleginnen und Kollegen in der Heimat festhalten an der Organisation, auch im neuen Jahre, bis wir aus dem Felde zurückkehren, hoffend, daß wir uns alle in den Reihen der Organisation wieder zusammenfinden, ehe dieses Jahr zu Ende geht, das waren in der Hauptsache die Gedanken, die mich beim Scheiden des alten Jahres bewegten.

Aus einem Feldpostbriefe des Kollegen Aug. Neumann von der Zahlstelle Coburg an den Gauleiter Hoffmann, Simenau, wird uns nachstehender Auszug zur Verfügung gestellt.

Argonnen, 11. Januar 1916.

„Ameise“ und Brief erhalten. Meinen Dank für die prompte Zusendung; habe heute bereits die Nr. 1 erhalten. Die Kriegs-Motivstands-Unterstützung ist gut, hoffentlich wird dieselbe auch von den Mitgliedern vollkommen anerkannt. Die Dahemgebliebenen müssen, trotzdem auch sie schwer zu kämpfen haben, besorgt sein, dem Verbands die genügende Stärke zu erhalten. Nach Friedensschluß müssen wir zu neuem gerüstet sein.

Inzwischen herzlichen Gruß!

Dein Aug. Neumann.

## Aus unserem Berufe

Der Verband der Porzellanarbeiter Oesterreichs im Jahre 1915. In einem Artikel „Jahresrückchau“ in Nr. 1 des „Porzellanarbeiter“ wird ein Bild von den Verhältnissen entworfen, in denen sich unsere Bruderorganisation im Kriegsjahre 1915 befunden hat. Es ist nichts Erfreuliches, was gesagt werden muß, und zeigt uns, daß unsere Kollegen in Oesterreich und deren Organisation mit den gleichen Schwierigkeiten zu rechnen hatten und voraussichtlich auch weiter haben werden, so lange der Krieg noch andauert, als wie das bei uns der Fall.

Die Einnahme an Beiträgen betrug im Jahre 1915 27 904,75 K., die Ausgaben 51 727,21 K., mithin entstand ein Defizit von 23 822,46 K. Für Unterstützungszwecke allein wurden im verfloßenen Jahre 988,23 K. mehr ausgegeben, als an Beiträgen eingenommen.

Der Mitgliederbestand ist ebenfalls gesunken. Am Schlusse des Jahres 1914 wurden gezählt 2205 männliche und 1236 weibliche, zusammen 3441 Mitglieder. Zu diesen kommen noch 357 Mitglieder, die nur der Sterbekasse, aber nicht dem Verbands angehören. Der effektive Mitgliederverlust im vergangenen Jahre beträgt 564 männliche und 180 weibliche, zusammen 744 Mitglieder, der Mitgliederbestand am Schlusse des Jahres 1915 betrug 1641 männliche, 1056 weibliche, zusammen 2697 Mitglieder. Es wird besonders hervorgehoben, daß die durch den Krieg hervorgerufene Unterernährung sich in einer außerordentlichen Steigerung der Sterbeziffer bemerkbar macht. Nicht weniger als 69 Mitglieder (die im Kriege gefallenen nicht mitgerechnet) sind mit dem Tode abgegangen, für die eine Sterbeunterstützung in Höhe von 20 120 K. gezahlt werden mußte. Entsprechend dem Rückgang der Mitglieder fiel auch die Auflage des Verbandsorgans von 4200 Exemplaren auf 3000.

Der Verbandsvorstand berichtet dann weiter, daß er in vielen Fällen eingreifen mußte, um Schwierigkeiten, unter denen die Betriebe, und damit auch die Arbeiter zu leiden hatten, zu beheben zu suchen. Wiederholte Interventionen wurden erforderlich, um dem Kohlen- und Waggonmangel einigermaßen abzuhelfen, sodaß die Betriebe wieder weiter arbeiten konnten. Ein Ausfuhrverbot der Regierung für keramische Farben erforderte ebenfalls ein Eingreifen der Organisationsleitung, um die die Arbeiter schädigenden Wirkungen dieses Verbots zu beseitigen. Eine weitere Bestimmung, daß für Kaolin, der ins Ausland versandt wurde, eine Kautions für die Säcke hinterlegt werden sollte, machte im Interesse der Arbeiter ein Eingreifen notwendig. Die Unterstützung der infolge des Krieges in große Not geratenen Porzellanarbeiter aus öffentlichen Mitteln erforderte wiederholte Interventionen bei den Behörden und der Regierung. Eine Eingabe der Verbandsleitung an die Unternehmerorganisation wegen Gewährung von Steuerzulagen wurde abschlägig beschieden, eine erneute Eingabe war bis zum Schlusse des Jahres noch unerledigt. Nur fünf Betriebe haben ihren Arbeitern eine Steuerzulage gewährt, die aber in keinem Falle über 10 Proz. des früheren Verdienstes hinausgeht.

Die ungünstige wirtschaftliche Lage infolge verminderter Erwerbsmöglichkeit der Porzellanarbeiter kommt in nachstehenden Zahlen zum Ausdruck:

Am Schlusse des Jahres 1914 waren noch 25 Proz. der Arbeiter vollkommen arbeitslos, während 65 Proz. zwei bis drei Tage pro Woche arbeiteten und nur 10 Proz. voll beschäftigt waren. Im Laufe des verfloßenen Jahres hat sich dieser Zustand etwas gebessert, sodaß heute bei allerdings verminderter Arbeiterzahl in den meisten Betrieben wieder drei bis fünf Tage, in einigen auch sechs Tage pro Woche gearbeitet wird.

Als ein besonderes Merkmal des Krieges wird die Tatsache vermerkt, daß in den meisten Betrieben an Stelle der männlichen Arbeiter weibliche Hilfskräfte zu reduzierten Löhnen eingestellt wurden.

Unter Hinweis auf den schon vor dem Kriege beobachteten Zustand der Verdrängung der männlichen Arbeiter durch billigere und willigere weibliche fordert die Verbandsleitung auf, mit aller Kraft dafür zu arbeiten, daß die neuereinstellten Arbeiter und Arbeiterinnen zum Anschluß an den Verband gewonnen werden.

Der Vorstand faßt sein Urteil über die heutigen Verhältnisse dahin zusammen, daß er sagt: Die Lage der Arbeiter im allgemeinen ist in unserer Industrie die denkbar traurigste und hat die Organisation als solche einen schweren Kampf ums Dasein auszufechten. Mit einem Appell an die Mitglieder, auch in dieser Zeit auf ihren Posten auszuharren und ihre Pflicht und Schuldigkeit in vollem Maße zu tun, schließt der Vorstand seinen Bericht für das Kriegsjahr 1915.

## Aus anderen Verbänden

Julius Saupe, der Vorsitzende des Verbandes der Kupferschmiede und Redakteur des „Kupferschmied“, ist am 16. Januar plötzlich am Herzschlage verschieden. Er hat ein Alter von 65 Jahren erreicht. Der Verstorbene gehörte zu den Mitbegründern des Verbandes der Kupferschmiede, seit dem Jahre 1907 stand er als Vorsitzender an dessen Spitze. Mit ihm ist einer der Alten dahingegangen, die alle Schwierigkeiten, die der aufstrebenden Arbeiterbewegung — hauptsächlich

in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts — in den Weg gelegt wurden, zu überwinden und dabei nicht unbeträchtliche persönliche Opfer zu bringen hatten. Seine durch nichts zu erschütternde Ueberzeugung, daß die Zukunft der organisierten Arbeit gehöre, sollte auch uns vorbildlich sein. Ehre seinem Andenken!

Der Verband der Lithographen und Steindrucker ist nun ebenfalls in die Reihe jener Organisationen getreten, die auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken können. Am 25. Dezember 1890 wurde er auf einem Kongreß der Berufsgenossen in Magdeburg gegründet. Der Geneselderbund, mit dem er sich später verschmolz, bestand schon vorher, hatte aber zu Pfingsten 1878 seinen gewerkschaftlichen Charakter abgestreift und sich in eine reine Unterstützungsorganisation umgewandelt, als das Sozialistengesetz in bedrohliche Nähe rückte. Im Laufe der achtziger Jahre waren an einer Reihe von Orten örtliche Fachvereine gegründet worden, die im Jahre 1890 zu einem Zentralverband zusammengeschlossen wurden. Wie alle gewerkschaftlichen Organisationen, hatte auch der Verband der Lithographen und Steindrucker mit den sattem bekannten Schwierigkeiten zu kämpfen, bis er sich zu einer kraftvollen und einflußreichen Organisation entwickelt hatte. Den schwersten Kampf mit den Unternehmern aber hatte er 1911/12 zu bestehen, wo der Schutzverband der Steindruckereien die Aussperrung verfügte. Dieser Kampf hat ihm schwere Opfer gekostet. Raum aber waren diese überwunden, da kam der Weltkrieg, durch den er ebenfalls hart in Mitleidenschaft gezogen wurde. Möge er, wie auch alle übrigen Gewerkschaften, die Folgen des Krieges gut überstehen, damit er, wenn der Frieden wieder eingekehrt ist, recht bald seine alte Leistungsfähigkeit wieder erlangt, zum Wohle seiner Berufsangehörigen.

Auch der erste Vorsitzende, Genosse Sillier, kann mit seinem Verbands das 25jährige Jubiläum seiner Amtstätigkeit feiern. Möge es ihm vergönnt sein, noch recht lange zum Segen seiner Berufsgenossen zu wirken.

Der **Verlammlungsbericht** aus **Althaldensleben** mußte wegen Raummangel für die nächste Nummer zurückgestellt werden.

Die Redaktion.

## Uersammlungs-Anzeigen

**Zahlreicher Besuch in allen Verlammlungen erwünscht.**

**Arzberg.** Sonntag, 6. Februar, nachmittag 1/2, 3 Uhr, in der Konsumvereins-Wirtschaft.

**Tiefenfurt.** Sonnabend, 5. Februar, 8 Uhr, in der Brauerei (lange Stube).

## Adressen-Henderungen

**Elmshorn.** Kassierer und Vorsitzender: Adolf Czernewitz, Dreher, Dänstr. 93.

**Freienoria.** Revisor: Johann Kropf, Dreher, Orlamünde, Mittelkreis.

**München.** 1. Vorsitzender: Rudolf Fischer, Verbandssekretär, Blücherstr. 3. I. — 2. Vorsitzender: Johann Mayr, Dreher, Sulafast. 12, I. A.

**Rohlau.** Schriftführer und Kassierer: Heinrich Schmidt, Dreher, Schulstr. 24.

**Teltow.** Vorsitzender: Paul Kunze, Dreher, Hamburger Platz 1, II.

## Sterbetafel.

**Eilenberg.** Max Kretschmer, Dreher, geboren am 30. Mai 1853 in Altwa., u. gestorben am 19. Januar an Lungenleiden. Legt die Krankheitsdauer 15 Wochen. Mitglied seit 1909.

**Seib.** Rudolf Steidl, Maler, geboren am 3. Juni 1854 in Seib, gestorben am 31. Dezember 1912 an Knochenverwitterung. Legt die Krankheitsdauer 26 Wochen. Mitglied seit 1911.

Ehre ihrem Andenken!

Arbeitsgelegenheit u. Arbeitsangebote kostenlos — **Arbeitsmarkt** — Offerten-Beförderung mit bei Porto-Einzufügung

**Isolatoren-dreher** und kräftige **Brennhausarbeiter** wie **Setzer** und **Austräger**, werden bei gutem Verdienst eingestellt. Meldungen an die Redaktion der „Ameise“ erbeten unter O. 1.

Ein **Einformer auf Blumentöpfe** wird sofort eingestellt. **Wilhelm Ribmann, Töpfermeister.** Soldin (Neumark).

**Maler für Stempeldekore und Anlichten kolorieren** per sofort gesucht. Offerten unter Chiffre A. 22 an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Von größerer Steingutfabrik werden tüchtige und gewandte **Cellerdreher, Einformer, Ueberformer, Carnierer** bei gutem Verdienst für dauernde Beschäftigung gesucht. Meldungen an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

**Thüringer Kunsttöpferei** sucht zum sofortigen Eintritt **3 tüchtige Dreher, 1 Formgießer, 1 Maler.** Best. Angebote vermittelt die Redaktion der „Ameise“.

**Tüchtiger Polychromeur** findet sofort bei gutem Lohn dauernde Stellung. **Breslau, Löschstraße 20.** **Kunstanstalt Peranzis Nachfolger, Hugo Musshoff.**

Preis der 2 gespaltenen Zeittelle 30 Pfennig — **Geschäfts-Anzeigen** — Vorausbezahlung in Verbindung

**Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle** Zahlte weil grossen Umsatz höchste Preise **Edel-Metall-Schmelze** Gepründet 1896 **Goldschmied kauft** **Otto Seifert, Zwickau S.** Osterwelhstrasse 32. **Schnelle Bedienung**

**Goldschmied, goldb. Malrückstände usw.** kauft **M. Köhler, Dresden-H., Gericht-Strasse 8 II.** **Schnelle Preise. — Snelle Bedienung. — Sofort Kassiert**

**Goldschmied,** Goldflaschen und alle in der Berggolderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.**

**Gold-, Silber- und Platinabfälle** als Schmiere, Nische, Lappen, Stupfer, Pinsel, Nöpfe, Paletten, leere Flaschen und ausgeschmolzenes Gold kauft höchstzahlend **Max Haupt, Dresden-H., Bönischplatz 17**

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen **Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenbg., Rosinenstr. 4** **Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenbg., Rosinenstr. 4** **Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22**